

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. April 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Ankauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 43

1873 □ 1896 □ 1919

Ein trücker Zug geht durch das deutsche Volk! Und so lesen wir denn in Nr. 39 des „Korr.“ recht beherzigenswerte Worte, die gewissermaßen den Auftakt zu der in gleicher Nummer und an gleicher Stelle gebrachten Tagesordnung des demnächst aufzunehmenden Tarifauschusses bilden. Es wird die Gehilfenschaft aufgefordert, ihrerseits in einigen Strichen ihre Meinung zu den fünf Punkten der Tagesordnung wie über die Sitzung überhaupt zu fagen.

Wir müssen gestehen, es ist Großzügigkeit in der ganzen Aufmachung. Und dies läßt erhoffen, daß die Baumelster, die dort über den Neubau unseres zwar soliden, aber doch immerhin alten Tarifgebäudes beraten, den Geist der neuen Zeit erfaßt haben. Denn Wahrheit ist, daß keine im Sinne der alten Denkweisen gebildete Gemeinschaft aufnehmen kann, was man von ihr aufgenommen wissen will. Die Kräfte der Zeit drängen nach der Erkenntnis einer sozialen Struktur der Menschheit, die ganz anders im Auge hat, als was gestern noch gemeinlich ins Auge gefaßt ward.

Die soziale Gemeinschaft im Buchdruckergewerbe — die Tarifgemeinschaft — ist in allererster Linie dazu auszuweisen, dem Aufwärtssteigen der Gehilfenschaft Steine aus dem Wege zu räumen. Denn die gesamtstämmigen Kämpfe der Arbeiterchaft seit dem 9. November 1918, mögen sie nun rein politischen Charakter tragen, oder will man bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erstreben, sie alle sind getragen von der ethischen Forderung: dem Ruhe nach Menschenwürde. Mensch zu sein, das ist es, was der Arbeiter verlangt. Und deshalb darf von jetzt ab die Verweigerung oder Bewilligung einer von der Gehilfenschaft gestellten Forderung nicht allein davon abhängig gemacht werden, ob der Gewinn des Prinzipals dadurch größer oder kleiner wird. Künftig muß die gestellte Forderung von hoher Marke aus bemerkt werden. Die Einführung aller sozialen Maßnahmen, die der Gesundheit der Gehilfen dienlich sind und damit in seiner Familie und dem Staate länger zu erhalten, sei von jetzt ab bei uns oberstes Gesetz.

Wir denken hier nur an die Beseitigung der Überstunden, der Nacht- und Sonntagsarbeit. Haben die Prinzipale bisher sich ernstlich vor ihrem Gewissen befragt, ob es recht sei, aus materiellen Gründen, damit der Gewinn größer wird, damit die Konkurrenz um einige Stunden geschlagen wird, die gesundheitszerstörende Nacht- und Sonntagsarbeit weiter beizubehalten? Konnte man es mit dem Gewissen vereinbaren, dem Personal Überstunden, die oft wochenlang andauern, zuzumuten? Gab man da im Arbeiter den Menschen oder nur das Arbeitsheiß Nummer soundso viel? Das muß nun aufgehört haben! Der Arbeiter hat nicht deshalb Revolution gemacht, um die Monarchie zu stürzen, damit ihn die Demokratie, das Bürgertum weiter wirtschaftlich entrechle. Nein, der Arbeiter will als Mensch unter Menschen leben! Nicht mit rablkalen Phrasen will er sich fiktieren, sondern mit dem, was ihm durch seine Arbeitskraft, die er möglichst lange sich erhalten will, zu-eil werden muß.

Wir Buchdrucker gehören nicht zu den Ideologen, die im Punkt einer grauen Theorie den starken Einfluß der wirtschaftlichen Interessen ganzer Unternehmergruppen übersehen, aber anderseits sagen wir: Die Rettung aus dem Chaos, in das der Krieg, die Hungernot, die militärische und wirtschaftliche Niederlage uns brachten, kann allein in der klaren und reformbewußten Zusammenarbeit der Gehilfenschaft mit der den Geist der Zeit begreifenden Prinzipalität erblickt werden! Der Ruf der Buchdruckergehilfen kann nur durch klare Erkenntnis ihrer Lebensnotwendigkeiten gesteuert werden.

Und deshalb muß als oberster Grundsat nur der eine Gedanke über den kommenden Verhandlungen schweben: diehebung der Gehilfenschaft in ethischer und finanzieller Hinsicht. Hier darf es keinen andern Standpunkt mehr geben. Denn was jetzt in sozialpolitischer Weisheit auf dem Verhandlungswege der Gehilfenschaft gegeben wird, kann oft weniger sein, als vielleicht später durch Gewalt erzielt wird. Das Gebot der Stunde erheischt, die Fehler des verflorenen preußischen Landtags zu vermeiden, damit es nicht auch im Buchdruckergewerbe zu einem „zu spät“ kommt. Deshalb mögen die Prinzipale unsere Hauptforderungen: Lohnerböhung, Abschaffung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Ferien, von sozialen Gesichtspunkten aus betrachten. Es sind Forderungen, die der sich seiner Menschenwürde endlich bewußte Arbeiter stellt.

Sier darf es nicht ängstlich heißen: „Es geht nicht, da es es so früher auch nicht anders war, wir können es der Konkurrenz halber nicht“, hier gibt es nur noch ein Muß.

Wir haben das Vertrauen zu unsern Führern, daß sie Apfostel der neuen Zeit und deren Anschauungen sind. Im nun die großen Belastungen, die zweifelslos durch die Bewilligung der sozialen Mindestforderungen (wir hüten uns als alle gewerkschaftlich geschulte Männer, wilde Forderungen zu stellen) den Prinzipalen entstehen, auszugleichen, müssen sich die Prinzipale endlich dazu aufraffen, eine gesunde Preispolitik zu treiben. Es muß aber seitens unserer Vertreter (bei Punkt 5) mit allem Nachdruck gefordert werden, daß auf die Einhaltung dieser Preispolitik die Gehilfenschaft einen entscheidenden Einfluß ausüben kann. Wir erinnern kurz an die Submissionen, die Amtsblätter usw. Hier hilft nur ein kräftiges Zugreifen der Gehilfen, um manch unverbesserliche Tariflinder an ihre Pflichten, die sie der Allgemeinheit gegenüber haben, zu erinnern. Es kann dies nur erreicht werden im Wege der Geheggebung.

Aber noch ein dunkler Punkt muß hier angeschnitten werden, soll unser Gewerbe gesund: es betrifft die Ausnutzung der Macht der Tagespresse für das Buchdruckergewerbe. Eine sonderbare Frage, wird da mancher eingeweihte denken. Nein, das Gegenteil. Unsern Prinzipalen und damit dem Buchdruckergewerbe steht eine Macht — die Tagespresse — zur Hebung des Standes, besonders in finanzieller Hinsicht, zur Verfügung, wie sie keiner andern Unternehmergruppe in dem Maße zur Verfügung steht, aber, wir behaupten, es war nicht Zufall, daß diese Macht zur Förderung der Preispolitik usw. im eignen Gewerbe so wenig benützt wurde. Hier müssen unsere Prinzipale gezwungen werden, das zu tun, was in ihrem ureigenen Interesse liegt. Die Gehilfenschaft hat es satt, die Leitfragen im Buchdruckergewerbe üppig blühen. Bei Punkt 5 wird sich auch Gelegenheit finden, verschiedene Fragen, wie sie aus dem Zeit geboren werden, eingehend zu erörtern und vielleicht auch Gutachten den Behörden — wir erinnern nur an die Sozialisierung der Presse und des Buchdruckergewerbes — gegenüber herauszubringen. In dem in der Tagespresse kürzlich veröffentlichten Aufruf „An das deutsche Volk und an die Kulturwelt“, finden wir vieles, besonders das Sinaus- und Sinüberbreiten zu neuen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Bewegungsgemeinschaften, was uns glücklich verheißend für die Maitagung unserer obersten Tarifbehörde erscheint. Möge ein Markstein im Aufbau unserer Tarifgemeinschaft 1919 werden, was die Jahre 1873 und 1896 waren: Geburtsjahre einer neuen Zeit für uns alle!

Nürnberg.

W. K.

## Ferien für alle!

Der 9. November 1918 hat uns wohl die politische Freiheit und Gleichberechtigung gebracht, noch lange aber nicht die wirtschaftliche. Jeden Tag empfinden wir aufs neue die Abhängigkeit, Gebundenheit und Unfreiheit unserer eignen Person und Familie; täglich empfinden wir das schwere Los und die drückende Last der Sorge um das tägliche Brot, um unsere spätere Existenz genau wie in früheren Tagen, ja durch die wirtschaftliche Depression mehr als in der „guten alten Zeit“. Also nach all dem Leiden und Entbehren in den schweren Zeiten des „Durchhaltens“ kein Lichtblick, kein Sonnenchein in unserm Arbeitsdalein, das uns in der Ferne leuchtet! Doch, wer te Kollegen! Wohl weiß jeder erprobene Kollege, daß der Weg zu unserm Ziele noch weit und viel verklungen ist. Aber an uns liegt es, daß wir noch manches Blümlein pflanzen können, das uns am Wege blüht. Wir wollen und können nicht warten, bis uns die Geheggebung sozusagen alles Angenehme in den Schoß legt oder bis uns eine neue Tarifberatung Rechte zugesteht, die uns allen metnes Erachtens längst zukommen.

Sch meine in diesem Falle die Ferien! Wollen wir endlich in den Besitz derselben kommen, so ist es Zeit, daß wir uns dementsprechend auch rühen und unsere berechtigten Wünsche mit Nachdruck an den zuständigen Stellen vertreten. Daß wir als Buchdruckergehilfen ein Recht darauf haben, ist bei mir außer allem Zweifel. Es wird an dieser Stelle nicht nötig sein, dies vom finanziellen, gesundheitlichen oder allgemeinen Standpunkt aus aus einanderzusetzen. Wir haben Berufs-, Beamten- und Angestelltenkategorien, bei denen eine Urlaubsfrage überhaupt nicht mehr besteht, bei denen Fortzahlung des Gehalts bei

Krankheit, Pensionsberechtigung, feste Anstellung, Familien- und Waisenunterstützung wenigstens die drückendste Last der Existenz vorwegnehmen. Wir aber nehmen uns nicht die Zeit, einmal krank zu sein, da uns ja jedes Stündchen abgezogen wird und die Pfennige am Hausballe so fehlen. Post- und Eisenbahnpersonal verlangen z. B. Erweiterung ihres Urlaubs, Offiziere gar lebenslängliche Pension nach doppelter Anrechnung der Kriegsjahre, und dabei sind dies Männer im besten Alter! Wir aber schleppen uns jahraus jahrein mit mehr oder weniger Glück und Freude mit unsern Familien von einem Tage zum andern und müssen froh sein, allen Verpflichtungen gerecht werden zu können; immer mit der Sehnsucht im Herzen: nur einmal wenige Tage sein eigner Herr sein!

Sich sage deshalb nochmals: es liegt an uns selbst! Zeit ist es Zeit, die Frage unter den Kollegen, in den Versammlungen zu besprechen, Material zu sammeln und mit fertigen Vorschlägen an die betreffenden Prinzipale heranzutreten. Auch unsern Schriftleiterkollegen sind bei den letzten Tarifabmachungen die Ferien nicht abgesehen worden, sondern die Sache einer Kommission überwiesen worden zur schleunigen weiteren Abmachung. Also, Kollegen, geht noch heute ans Werk, an etwa nötigen Beweisen für die Berechtigung dieser Ferien kann es wirklich nicht fehlen!

W. M.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel ist vor Anberaumung der Tarifauschubung im Mai eingegangen, kann also noch nicht Bezug nehmen auf den vorliegenden Tagesordnungspunkt über Ferien.

## Zur Ferienfrage

Wer wollte verneinen, daß sie heute brennend geworden ist? Und wer ist nicht überzeugt davon, daß sie heute aus verschiedenen volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist: die Lösung der Ferienfrage. Eine bis ins einzelne gehende Begründung für die Forderung nach Ferien zu geben, ist wohl überflüssig. Aber in einer Zeit, in der wir einen Teil früher mit Leidenschaft umkämpfter alter Forderungen der arbeitenden Klassen infolge der politischen Umwälzung schon verwirklicht sehen, möchte ich mit einigen Sätzen auf diese Frage eingehen, damit auch diese einer möglichst baldigen zufriedenstellenden Lösung entgegengeführt werde.

Wenn auch eine gewiß ansehnliche Zahl sozialdenkender Prinzipale seit Jahren Ferien bewilligt, dem größeren Teile der Gehilfen im weiten Vaterlande blieb doch wohl diese schöne Einrichtung verlag. Es ist eben alte Erfahrung, daß auch hier nur ein sanfter Zwang zum Ziele führen wird. Die soziale Einsicht feriengebührender Prinzipale in Ehren, das Gros aber verlag, und damit bleibt auch das Gros der Gehilfen vom Feriengenuß ausgeschlossen.

Wenig seit Jahren schon jeder Beamte, besonders der geistig Arbeitende, ein Recht auf Erholungsurlaub hatte, wie will man es einer Arbeiterkategorie verweigern, die geistig und körperlich aufs höchste in Anspruch genommen wird, die in Betrieben steht, in welchen der Arbeitsgang infolge der eigenartigen Struktur des Gewerbes nur als eine fortwährende Hebe anzusehen ist? Ganz zu schweigen davon, daß unser heute lebendes Geschlecht unter Bedingungen arbeitet, die ein Ausspannen im kommenden Sommer schon aus volkswirtschaftlichen Gründen als dringend notwendig erdienen lassen. Es ist nicht nötig, darauf hinzuweisen, daß infolge der völlig unzureichenden und dabei schlechten Ernährungsweise, bei den während des Krieges aus verschiedenen Gründen vernachlässigten sanitären Verhältnissen ein Buchdruckerproletariat einher-schleicht, dem ein Wechsel mit leider nur kurzem Sichtvermerk ausgestellt werden muß. Und unter welchen Bedingungen die Reklamiereten während des Krieges die Kunst weiter pflegten, davon weiß Schreiber dieses ein wenig erbauliches Liedchen zu singen. Auch davon, wie demgegenüber sich heute manche Prinzipale auf ihre Pflichten besinnen, die nicht oft genug für freies Durchhalten im Kriege betont wurde.

Sich weiß, vielen Kollegen spreche ich aus der Seele, wenn ich hier die Frage zur Diskussion stellen möchte, und zwar in dem Sinne, daß Positives daraus erwachsen möge. Letzteres wiederum ist nur möglich, wenn die Frage bei unserer höchsten Verbandsinstanz in Fluß gebracht wird, und von dieser erwarte ich diese betreibende Tat, die tarif-gesellschaftlich festgelegten abgestuften Ferien. Daß der Verband aus vielen Gründen an einer baldigen tarifge-

lichen Regelung der Ferienfrage auf das lebhafteste interessiert ist, braucht nicht des näheren ausgeführt zu werden. Daß unsre Gehilfenvertreter diese Forderung mit allen Kräften unterstützen werden, dürfte wohl kaum zu bezweifeln sein. Auch die „Korr.“-Redaktion wird sie mit allem Nachdruck vertreten. (Schon in Nr. 75 des vorigen Jahrgangs haben wir den Standpunkt der Redaktion in dieser Frage deutlich zum Ausdruck gebracht, und zwar in ganz gleicher Richtung, wie es hier jetzt erst gewünscht wird. Auch dieser Artikel ist vor Bekanntgabe der Tarifauschusslösung eingegangen. Red.)

Also, um kurz referierend am Schluß zu sagen: Wir wünschen einen je nach der Länge der Beschäftigungszeit abgestuften, tariflich festgelegten Urlaub für jeden Verhandlungskollegen. Das ist jetzt die Forderung des Tages. Ich messe ihr ganz besondere Bedeutung bei. Cuschkirchen. A. . . z.

## Einheitliche Ferien

Ferien! — Welch freundliches Gefühl; Wochen, Monate vorher wird mit Wohlbehagen des bevorstehenden Genusses gedacht.

Weider gibt es verhältnismäßig wenige Unternehmer, die soziales Verständnis genug besitzen, um von der Notwendigkeit der Feriengewährung überzeugt zu sein. Und bedauerlicherweise sind die Bedingungen: Karenzzeiten und Anzahl der Ferientage, meist derart, daß es einem Sohn auf Feriengewährung gleichkommt.

Mit Genugtuung wird daher von der Gehilfenschaft Kenntnis von der Tagesordnung der bevorstehenden Tarifauschusslösung genommen, die eine zentrale Regelung der Ferienfrage möglich erscheinen läßt.

Denn solange der Arbeiterschaft in privaten Betrieben die wirtschaftliche Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern in kommunalen und staatlichen Diensten vorenthalten wird, solange keine ausreichende gesetzliche Form in Ferien, Unfall- und Hinterbliebenenfürsorge geschaffen ist, solange muß sich die Arbeiterschaft durch die Organisation selbst helfen. In der Praxis hat sich schon zur Genüge bewiesen, daß die Ferienfrage mit Ausschaltung der Gewerkschaftswirtschaft nur gesetzlich oder vertraglich von Organisation zu Organisation zu regeln ist.

Zweck dieser Seiten ist nun, einen Weg zu zeigen, wodurch Ferien für alle Gehilfen vertraglich festgelegt werden könnten. Die Prinzipalsorganisation müßte zur Erleichterung der allgemeinen Durchführung von ihren Mitgliedern eine besondere Steuer erheben, die der durchschnittlich beschäftigten Gehilfenzahl entspricht, unter Zugrundelegung eines annähernd einheitlichen Feriengeldes für ganz Deutschland. Karenzen sollten nicht in Frage kommen. Jeder Gehilfe muß alljährlich das Recht auf eine Erholung haben, deren Zeitpunkt mit der Gehilfenschaft vereinbart wird. Die Zahlung des Feriengeldes könnte von der örtlichen Gehilfenorganisation übernommen werden, die wiederum Brüche oder Zentral durch die Gehilfenorganisation mit der Prinzipalsorganisation verrechnen müßte. Dem einzelnen Unternehmer bleiben natürlich Extrazuschüsse an sein Personal unbenommen.

Auch der derzeitige Arbeitslosenstand würde günstig beeinflußt, da ja die fast überall geltende Bedingung in den schon Ferien gewährenden Firmen, die Arbeitsplätze der jeweils im Feriengenuß stehenden durch gesteigerte Tätigkeit auszufüllen, in Wegfall käme, weil aus der Veranlassung ein vertragliches Recht geworden ist.

Nach der Dauer der Ferienzeit richtet sich auch der Nutzen, den die Gehilfenschaft in körperlicher und geistiger Hinsicht hat, nicht zuletzt auch für die Unternehmer durch gesteigerte Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit der einzelnen Arbeitskraft. Möge die freundliche Erwartung an die kommende Tarifauschusslösung in Erfüllung gehen, zum Nutzen für das gesamte Gewerbe!

Darüber hinaus wäre die Ferienfrage ein dankbares Feld für die Generalkommission der freien Gewerkschaften auf dem bevorstehenden Kongress. Von hier aus sollte der Anstoß an die Reichsregierung kommen, recht bald eine gesetzliche Grundlage zu schaffen; was wohl die idealste Lösung für die gesamte Arbeiterschaft bringen könnte. Leipzig. K. Sz.

## Tarifliche Ferien!

Es erscheinen wohl wenige Nummern des „Korr.“, in denen nicht von Feriengewährung zu lesen ist. Wenn man aber diese Seiten verfolgt, so sind es nur wenige Firmen, die wirklich der Zeit entsprechend Ferien ihrem Personal gewähren.

Betrachten wir nun einmal die Dinge, wie sie heute sind, so wird jeder Kollege zu der Erkenntnis kommen, daß sehrnächst der Zeitpunkt der Erwerbt wird, der auf tariflich-gesetzlichem Wege die Ferienfrage regelt.

Vor mir liegt eine Seltung, aus der ich ersehe, daß den Angehörigen im Kaufmannsgewerbe ein Urlaub von sechs, zehn und vierzehn Tagen bei ein-, zwei- und dreijähriger Tätigkeit gewährt werden soll. Ein ganz guter Erfolg, den auch wir Kollegen sehr begrüßen könnten, wenn er bei uns in die Wirklichkeit umgesetzt würde. Bei uns heißt es noch immer durch die Bank: nach drei-, fünf-, zehn- und mehrjähriger Tätigkeit etwa drei bis sechs Tage Urlaub. Das ist nicht mehr zeitgemäß, und es ist Pflicht unser Kollegen selbst und unser Vertreter, hier endlich einmal Wandel zu schaffen.

Ich will nicht verkennen, daß es auch Firmen gibt, die wirklich in Fragen der Ferien bisher sehr einschlägig gehandelt haben. Solche Firmen sind aber wenige vorhanden, und gerade deshalb fordern wir, daß möglichst

allen Kollegen, sei es in der Großstadt oder Provinz, ein Anrecht auf Ferien gewährt wird.

Mit Genugtuung ist es zu begrüßen, daß der Kollege Massini (Berlin) sich betreffs der Ferienfrage bereits an das Tariftamt gewandt hat. (Vergleiche Bericht von der Generalversammlung in Nr. 38 des „Korr.“)

Stellen wir nun noch weitere Beobachtungen an, so braucht man nur die Beamten im Staats- und Kommunaldienst heranzuziehen. Es ist wohl jedem klar, daß diese bisher immer die Bevorzugten gewesen sind und voraussichtlich auch bleiben werden. Das muß aber in einem demokratischen Staat aufhören.

Wenn nun die Ferienfrage nicht früher bei Verhandlungen von unsern Vertretern in Betracht gezogen ist, so ist das ganz gut zu verstehen. Alle Kollegen wollen ja doch, daß die letztmalig stattgefundenen Verhandlungen über die Teuerungszulage über die festgesetzte Zeit hinaus gedauert haben. Viele Kollegen werden aber annehmen, daß unsre Vertreter in der im Mai stattfindenden Tarifauschusslösung auch der Ferienfrage ein Wort reden werden. (Die schon veröffentlichte Tagesordnung dieser Beratung dürfte dies als selbstverständlich erkennen lassen. Red.) Es kann auch gar nicht anders sein, oder ist es schon Mode geworden, daß wir Buchdrucker hinten an denken? Wir können die Ferienfrage nicht noch länger aufschieben, es muß schnell gehandelt werden. Darum tue jeder Kollege sein Teil zum Gelingen dieses Schrittes. Nur so werden alle in den Genuss von diesen in erweiterter Weise wie bisher gelangen. Schwerin i. M.

L. W.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Breslau. Am 1. April konnte unser lieber Kollege der Korrektor B. Slaut, auf eine fünfzigjährige ununterbrochene Berufstätigkeit zurückblicken. Am 1. April 1873 in Hannover ausgelehrt, trat er auch sofort in unsre Reihen ein. Durch mehrere Jahre in Regensburg und Breslau tätig, zwang ihn die wirtschaftliche Lage in den liebsten Jahren, zum Wanderschaft zu greifen, und Deutschland, ohne Arbeit zu finden, zu durchqueren, um endlich wieder in Hannover zu landen, wo er bis zum Jahre 1901 verblieb. Dort lernte er sein fünfzigjähriges Verbandsjubäum, nach Polen in Stellung gehend, hatte er dort Gelegenheit, sich im Orts- und Gauvereine zu betätigen. Seit 1904 in Breslau bei der Firma Grab, Barth & Co. tätig, konnte er sein vierzigjähriges Verbandsjubäum mit dem vierzigjährigen Stiftungsfeste des Ortsvereins feiern. Hoffen wir, daß uns unser lieber Kollege Slaut in seiner Rüstigkeit noch lange erhalten bleibt, damit es ihm vergönnt sein möge, in vier Jahren auch sein fünfzigjähriges Verbandsjubäum feiern zu können!

Dresden. Unser langjähriger bewährter Gauverwalter Hermann Steinbrück konnte am 12. April auf eine fünfzigjährige Tätigkeit als Buchdrucker zurückblicken. In einfacher Weise gedachte der Gauvorkand dieses Tages, und der diesjährige Kollegengalgenereine ehrte sein Mitglied durch ein Ständchen. Die Zeitverhältnisse verboten auf beiden Seiten größere Umstände. Unserm wackeren Mitstreiter im Organisationsleben drücken auch wir im Geiste beglückwünschend die Hand zu seinem goldenen Berufsjubäum. (Red.)

L. Gelsenkirchen. (Berichtsjahresbericht.) Nach langer Zeit tritt auch unser Ortsverein aus seiner Bescheidenheit heraus; das Kriegsgeschehen hat auch unsre Kollegen vor neue Aufgaben gestellt und zu neuen Taten angepornt. Es ist, als ob nach der Interesslosigkeit des verflochtenen ein neuer Geist mit dem neuen Jahr eingeblasen wäre. In der außerordentlichen Professorensammlung am 5. Januar im überfüllten Vereinslokal in Gemeinschaft mit den Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen wurde das Verhalten der Prinzipale gemißbilligt und als den Seiten nicht Rechnung tragend angesehen, die tariflich und rechtskräftig zustande gekommenen Teuerungszulagen nicht zu zahlen. Ein diesbezüglicher Protest wurde in einer Entschliessung den Prinzipalen übermittelt. Unser Recht ist uns inzwischen unverkürzt zuteil geworden. — In der Generalversammlung am 12. Januar wurde der alte Vorstand, der vor dem Krieg amtierte, zum größten Teil wiedergewählt. Als Opfer des Krieges wurden uns 22 Kollegen entziffen; durch einige Vermittler wird die Zahl leider wohl noch erhöht werden. Mit Worten und Taten, denen der Folge wurden, ging die Kollegenschaft vor gegen die tariflichen Mißbräuche am Orte: tariflose Arbeitsverhältnisse einiger Firmen in Verbindung mit Schmutzlohnkurren. Durch Inserat in den Tageszeitungen wurde hingewiesen auf das gemeinlichliche Wesen dieser Firmen und auf die wirtschaftliche Notlage der Arbeitnehmer im Buchdruckgewerbe unter gleichzeitiger Veröffentlichung der tariflosen Firmen; den Auftraggebern von Druckarbeiten wurde empfohlen, nur den letzteren Aufträge zu erteilen. Wohl als Folge dieses Vorgehens erklärten sich fünf Firmen zum Eintritt in die Tarifgemeinschaft bereit. — Einen sehr eingehenden Vortrag in der Versammlung am 8. Februar hielt uns Gauvorsitzer Albrecht über die jüngsten Vorgänge im Buchdruckgewerbe unter besonderer Berücksichtigung der letzten Teuerungszulagen. Die Graphische Gesellschaft und der Gesangverein, denen auch der Kriegssturm das Lebenslicht ausblies, werden wieder zu neuem Leben erweckt, doch läßt der fachliche Bildungsdrang leider zu wünschen übrig. Möge die Entwicklung des Gewerbes unsre Kollegen lehren, die Zeit zu verstehen! Die Befreiung der Nacht- und Sonntagsarbeit wurde angeregt und besprochen; zu scharfen Meinungsäußerungen über diesen Punkt kam es erst in der Versammlung am

15. März. Klar kam in lebhafter Debatte zum Ausdruck, daß der Achtstundentag, der den meisten Arbeitern so große Wohltaten brachte, vielen unsern Kollegen wenig nützt, wenn die Nacht- und Sonntagsarbeit bestehen bleiben soll, die Gesundheit und Familienfinn untergräbt, ein Hindernis der fachlichen und sonstigen Bildungsbestrebungen, und jeder geistigen Anregung ist. In einer Befreiung der Nachtarbeiter sollen Mittel und Wege gesucht werden, als erste und wohl notwendigste Maßnahme sich von der Sonntagsarbeit zu befreien. Als Grundton kann der laute Ruf nach Befreiung der Nacht- und Sonntagsarbeit festgehalten werden; ein Aufschlag von 100 Proz. auf den Gesamtlohn für Nacht- und Sonntagsarbeit würde unsern Wünschen bei den interessierten Stellen mehr Nachdruck verschaffen. Das Überstundenunwese wurde kritisiert, das in erschreckendem Maße zunehme, wo sogar Arbeitslose am Orte seien. Ein Beschluß kam zur Geltung, fortlaufende Überstunden zu vermeiden.

G. Graudenz. Am 16. März wurde hier eine markbeachtete Versammlung der tariflosen Gehilfen abgehalten, die sich mit den Beschülften der Tarifauschusslösung in Berlin vom 14. bis 17. Februar beschäftigte. Man sollte den Gehilfenvertreter Worte der Anerkennung für Wahrnehmung der Interessen der Gehilfenschaft, konnte das Erreichte aber nicht als der Teuerung Rechnung tragend betrachten. Nach einer sehr regen Aussprache wurde einstimmig beschlossen, bei den diesigen Druckereien um Erhöhung der Teuerungszulagen vorstellig zu werden. Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen: „Die heute vollständig beachtete Buchdrucker-Verammlung nimmt Kenntnis von dem im Februar in Berlin gehaltenen Beschülften und spricht ihre Anerkennung für die geleistete Arbeit und das Wollen, den Arbeitslosen unterstützend beizuhelfen, aus. Die Verammlung ist aber arg enttäuscht über die Beibehaltung der bisherigen Teuerungszulage bis Ende August d. J. Eine Erhöhung derselben wird unter allen Umständen bei der sorgfältigen Steigerung der Preise für alle Artikel des täglichen Bedarfs infolge der Unzulänglichkeit der bisherigen Zulage unbedingt erwartet, und wir verlangen, zummindest den ungelerten Arbeitern gleichgestellt zu werden. Die Verammlung sieht keine Möglichkeit, mit der letzten Zulage wirtschaftlich auszukommen und sich arbeitsfähig zu erhalten.“ Im Anschluß an diese Versammlung fand die Monatsversammlung des Ortsvereins statt, der ebenfalls reges Interesse entgegengebracht wurde. Zwei Neuaufnahmen wurden vollzogen. Der Vorsitzende Schiel schloß die Versammlung mit einem eindringlichen Appell an die Mitglieder, die das auf den Verband ausgebrachte Hoch befestigt aufnehmen.

B. Kirchgards i. Schl. (Maschinenmeisterverein.) Die am 9. März abgehaltene Generalversammlung wurde vom Kollegen Burckert jun. mit einem Willkommensgruß an die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen eröffnet. Darauf folgte ein Bericht über die Tätigkeit in den vier Kriegsjahren. Der vom Kassierer gegebene Kasienbericht wurde genehmigt. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Burckert jun. als Vorsitzender neu und als Kassierer Kollege Schür wieder gewählt. Nachdem unter „Vereinsmitteilungen“ noch ein Zirkular der Zentralkommission zur Verlesung gebracht und besprochen worden war, wurde die Versammlung mit dem Wunsche geschlossen, auch in Zukunft ein regeres Versammlungsinteresse zu bekunden.

hkm. Kassel. Die am 9. März abgehaltene Hauptbezirksversammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen, da auch die Bezirksorte fast vollständig vertreten waren. Die „Epigraphia“ leitete die Verhandlungen mit dem befallig aufgenommenen Chor „Empor zum Licht“ ein. Nach der Aufnahme von 20 Kollegen erstattete Kassierer Wörner den Kasienbericht, der zu Beanstandungen keinen Anlaß bot. Mitgliedsstand am Schluß des Jahres 1918: 396. Gefallen sind insgesamt 66 Kollegen. Den Jahresbericht gab Kollege Engelbach, den über die Bäckerei und Volksfürsorge Kollege Wegenstein. Den Berichten aus den einzelnen Bezirken war zu entnehmen, daß die tariflichen Verhältnisse teilweise noch im argen liegen. In Wülfungen werden noch heute neun Mädchen als Seherinnen beschäftigt, in Melungen zwei; in Schwelge blüht die Beibringsschichterei nach wie vor, auch werden den Tarifignoranten Sellwig und Meiberg dorfelbst trotz einer Verfügung des N.- und S.-Rats landrätlich und städtisch Druckarbeiten zugewiesen. Auf diesem Gebiete nunmehr eine durchgreifende Besserung herbeizuführen, soll unsre vornehmste Aufgabe der Zukunft sein. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen schritt man zur Aufstellung der Kandidaten zur Wahl des Bezirksvorstandes. Der bisherige Vorsitzende Kollege Engelbach und der Kassierer Kollege Wörner lehnten eine Wiederwahl ab, und somit bot die endgültige Liste ein vollständig verändertes Bild. Aus der am 16. März vorgenommenen Wahl gingen unter anderem hervor: als erster Vorsitzender Kollege Kreis und als Kassierer Kollege Henkelmann. Nach der Neuregelung der Entschädigungsätze für die amtierenden Kollegen wurde einem Antrage der Graphischen Vereinigung stattgegeben und dieser 100 Mk. aus Bezirksmitteln zugespochen.

Kr. Marienburg (Westpr.). Weil hier vieles im argen lag und zum Teil noch liegt, muß es unsre wichtigste Aufgabe sein, die tariflichen Zustände hier fest einzupflanzen. Viel Sorge machte uns speziell eine Druckerlei, die es so gar fertig brachte, einen Kollegen seiner Verbandsangehörigkeit wegen zu künzeln. Sämtliche dort beschäftigten Kollegen (zum Teil Nichtverbändler) drohten darauf mit Streik. Resultat: Zurückziehung der Kündigung und Erhöhung der Löhne; außerdem konnten wir infolge dieses Ereignisses zwei Kollegen dem Verbände zuführen. Im

sich über die diesigen Druckverhältnisse zu orientieren, erschien am 26. Februar das Gavouritätsmitglied Kollege David aus Danzig. In einer außerordentlichen Buchdruckerverammlung, zu der fast sämtliche an Orte beschickten Kollegen erschienen waren, gab Kollege David seiner Freude darüber Ausdruck, daß es der Organisation endlich gelungen sei, in Marienburg festen Fuß zu fassen. Über 18 Jahre lang ist von den Verbandsfunktionären vergeblich der Versuch gemacht worden, Marienburg zu gewinnen; aber von „Sozialdemokraten“ wollte niemand etwas wissen. In seinen weiteren Ausführungen verbreitete sich Kollege David über die allgemeine gewerbliche Lage. Zum Schluß richtete er an alle anwesenden Nichtmitglieder einen warmen Appell, nicht als Außenstehende zu bleiben. Dies hatte die Wirkung, daß wir wiederum zwei weitere Kollegen unserm Ortsverein resp. dem Verbands zuzählen konnten. Es sind Anzeichen vorhanden, daß in Kürze wohl fast sämtliche hiesige Kollegen bei uns vereint sind, so daß unser junger Ortsverein, der augenblicklich 16 Mitglieder zählt, die Zahl 20 bald überschritten haben wird. Bei dieser Gelegenheit bitten wir diejenigen Ortsvereine, die in ihrer Bibliothek Duplikate besitzen, solche unsrer neu zu gründenden Bibliothek freundlichst zu überlassen. Eventuell entstehende Unkosten werden gern erlöst.

**Köthenburg a. N.** Binnen kurzer Zeit haben sich nun sämtliche hier beschäftigte Kollegen dem Verband angeschlossen. Unre bisherige Zugehörigkeit zum Ortsverein Erläuterungen wurde infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse Köthenburg-Erläuterungen bei den Versammlungen immer mehr beeinträchtigt. Es wurde deshalb von den Köthenburger Kollegen die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehlen würde, am hiesigen Drucker einen Ortsverein ins Leben zu rufen. Die Kollegen von Köthenburg beschloßen deshalb einstimmig, sich von der Mitgliedschaft Erläuterungen, der sie bisher angegliedert waren, zu trennen und ab 1. April einen Ortsverein Köthenburg a. N. zu gründen. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Kollege Röhler und als Kassierer Kollege Adolf Käfer.

**Scheidt.** In unser am 15. März abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung sprach Kollege H. König (Kasse) über die Tarifausübung. Er verstand es, in sachlichen Ausführungen den anwesenden Kollegen vor Augen zu führen, unter welchen schwierigen Verhältnissen unsere letzten Zeuerungszulagen durchgerungen werden mußten. Jedoch legte Kollege König dar, daß, sollten sich die Zeiten nicht bessern, die Lage der Kollegen weitere Verschlechterungen erfahren, diese dann wieder durch Zeuerungszulagen zu bessern versucht werden müßte. In der Arbeitslosenfrage wurde erklärt, daß Entlassungen unter allen Umständen zu vermeiden seien, auch Überstunden dürfen unter keinen Umständen geleistet werden, um der übergroßen Arbeitslosigkeit zu steuern. Eine Diskussion fand nicht statt.

**r. Siegen.** Unre erste diesjährige Bezirksversammlung tagte am 9. März in Siegen. Fast vollständig waren die Kollegen des Bezirks erschienen. Nach herzlichem Begrüßung namentlich der aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen gelangte der Jahres- und Kassibericht zur Kenntnis. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Als Opfer des Weltkriegs haben wir den Verlust von 13 Mitgliedern zu beklagen. Die ab 1. Januar zu zahlende erhöhte Zeuerungszulage gelangte in allen Orten des Bezirks zur Auszahlung. Der vom Vororte gewählte Vorstand fand seine Bestätigung. Unser Gavouritätsberichter (König) referierte in sehr eingehender Weise über das Thema: „Die gewerblichen und organisatorischen Verhältnisse im Gewerbe“. Den interessanten Ausführungen folgten die Subdrer mit Aufmerksamkeit und Spenden dem Redner reichen Beifall. Nach Besprechung einiger Interna fand die anregende Versammlung ihren Abschluß.

**Stuttgart.** Württembergischer Korrektorenverein. Die am 16. März abgehaltene Hauptversammlung war auf besch. Alle unter dem Heresidenten eingezogenen gewählten Mitglieder sind nun wieder gesund zurückgekehrt. Von jetzt an sollen die Versammlungen wieder regelmäßig stattfinden, damit der beruflichen Fortbildung mehr Sorgfalt gewidmet werden kann. Um möglichst alle Korrektoren des Gaus für unsern Verein zu gewinnen, wird keine Aufnahmegebühr mehr erhoben. Vier Kollegen traten in dieser und in der vorhergehenden Versammlung dem Vereine bei. Der selbige Vorsitzende Karl Öbbrig, der während des Krieges wieder die Leitung des Vereins übernommen hatte, hat um Enthebung von seinem Posten. An seine Stelle tritt nun wieder Kollege Paul Wenzling. Im übrigen blieb der Vorstand in der selbigen Zusammensetzung. Der Stand der Kasse ist in Anbetracht der Zeitumstände befriedigend.

**Verden (Aller).** Die am 16. März hier abgehaltene Bezirksversammlung des Bezirks Aller-Weser, die erste nach dem Kriege, war trotz der weit ungenügenden Eisenbahn- und sonstigen Verhältnisse außerordentlich gut besucht: von zur Zeit im Bezirk anwesenden 70 Kollegen waren 55 erschienen. Außerdem nahm unser Gavouritätsberichter (Höke (Bremen) nach längerer Pause, die durch den Krieg bedingt war, wieder an der Versammlung teil. Ein Beweß für das Interesse an der Organisation und für das Bedürfnis, in einem größeren Kreise zusammenzukommen, ist die Tatsache, daß 3. B. die Kollegen aus Sona, die am frühen Morgen an der Arbeiterratswahl teilgenommen hatten und hierdurch keine Eisenbahnverbindung mehr benutzen konnten, eine dreifache Wagenfahrt machten, um den Versammlungsort zu erreichen. Nach der Begrüßung der Bezirkskollegen, namentlich der vom Kriegsdienst heimgekehrten, wurde das Mandaten eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht sei folgendes

herorgehoben: Die Mitgliederzahl, die am Anfange des Jahres 33 betrug, stieg am Jahresschluß auf 60. Von weiteren Zuwachsen abgesehen, konnten alle vom Kriegsdienst zurückgekehrten Kollegen ihre alten Plätze wieder einnehmen. Zum Kriegsdienst wurden insgesamt 93 Kollegen eingezogen, von denen, soweit bis jetzt bekannt, neun Opfer des Krieges wurden. Für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden aus der Bezirkskasse 3445,50 Mk. gezahlt. Die Zeuerungszulagen des Jahres wurden ohne Schwierigkeiten durchgeführt; nur die Zulage vom 1. Januar d. J. erregte den Widerspruch der Prinzipale, doch ist nunmehr auch diese Zulage allenfalls zur Auszahlung gebracht worden. Die während der Kriegszeit in einzelnen Betrieben eingestellten Seherinnen sind wieder entlassen. Das Verarmungsleben in den Dörfern ist bei der geringen Mitgliederzahl, lebte aber gegen Jahreschluß in erfreulicher Weise auf. Der Kassibericht wurde genehmigt. Die Verkleinerung aus den einzelnen Mitgliedschaften ergab, daß während der langen Kriegszeit in einzelnen Betrieben Unbeabsichtigten entstanden waren, teilweise durch Schuld der Gebilten; soweit noch nicht geschehen, werden die vorhandenen Mißstände nunmehr auf schnellstem Wege beseitigt werden. In den Vorstand wurden u. a. folgende Kollegen gewählt: Hr. Feiß als Vorsitzender und Hr. Feuer als Kassierer. Der Bezirksbeitrag wurde um 10 P. erhöht. Folgender Antrag des Kollegen Feiß wurde angenommen: „Der Verbandsvorstand wird ersucht, an geeigneter Stelle (Reichsregierung) einen Antrag auf Freilassung der Kriegssteuerzuschläge auf die Löhne der Arbeiter von der Einkommensteuer zu stellen.“ Gebilten Unwillen der Versammlung rief der Antrag eines Mitgliedes (Prinzipal) hervor, der wünschte, daß die während des Krieges gewährte Beitragsunterstützung ihm nachgezahlt würde. Es wurde hervorgehoben, daß diese Unterstützung nur denjenigen Beitragsmitgliedern ausbezahlt wurde, die infolge ihres Mißstandes den Betrieb trotz seiner Einziehung zum Militär nicht nur nicht geringeren Verdienst abgeworfen, sondern sogar noch an Ausbeute gewonnen haben. Der Antrag wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Kollege Döhrke berichtete sodann über die wichtigsten Ergebnisse der letzten Tarifausübung und über die dort hervorgetretenen Schwierigkeiten. Weiter gab er einen Überblick über die gegenwärtige Lage im Gewerbe, die durch die ungeheure Arbeitslosigkeit grell beleuchtet wurde. Er forderte die Kollegen auf, offenen Auges alle Vorgänge zu beobachten, sich immer als wirkliche Verbandsmitglieder zu betätigen und jede Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung zu ergreifen, wozu die einzelnen Sparten die beste Gelegenheit bieten. Nur dem Aulrechten und Tüchtigen gehöre die Zukunft. Reicher Beifall belohnte die vorzüglichen Ausführungen. Leider mußte die Versammlung schon zeitig abgebrochen werden, da die Kollegen zum großen Teil bereits am frühen Nachmittag in die Heimat zurückkehren mußten.

o o o o Rundschau o o o o

**Gustav Eißler fünfzig Jahre Verbandsmitglied!** Dem langjährigen Finanzminister unserer Organisation war es vergönnt, während einer kurzen Zeitspanne auf drei wichtige Gedenktage seines Erdenwallens zurückblicken zu können: Am 7. Oktober 1914 beging Kollege Eißler sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum, am 1. Oktober 1916 das fünfundschwanzigjährige Jubiläum als Hauptkassierer, und am 21. August 1917 vollendete er sein 70. Lebensjahr. Alle diese Gedenktage fielen in die Kriegszeit und ließen deshalb ein freudiges Gefühl nicht recht aufkommen. Auch das Jubiläum seiner fünfzigjährigen Verbandsmitgliedschaft, das Kollege Eißler am 24. April d. J. begehen kann, steht sozusagen noch im Wechseln der bedeutungsvollen Worte Krieg und Frieden, denn noch harret unser unglückliches Volk des eigentlichen Erlebens, von dessen Gestaltung so unendlich viel abhängt für sein ferneres Schicksal. Erladene Männer, die am Wechsel der Zeit sitzen und infolge ihrer Stellung die wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge zu überschauen vermögen, sie blicken mit tiefer Sorge in die Zukunft. Erfahrung und Verstand sind ja das Gehirn des organisch bauenden Lebens und Gemeinlebens, und das Herz ist die Triebkraft. Unsern Gustav Eißler rechnen wir zu jenen Männern. Mit Herz und Hirn hat er seit dem 24. April 1869 allzeit treu zur guten Sache seiner Berufsgenossen gehalten. Schon 1873 hatte er als Vorsitzender der Mitgliedschaft Breslau, seiner Vaterstadt, die Feuertaupe zu bestehen. Gegen Mitte der siebziger Jahre nach Berlin verlagert, leitete ihn das rege Organisationsleben auch dort, und bald berief ihn das Vertrauen der Kollegen in wichtige Ämter. Im Jahre 1883 wurde Kollege Eißler als zweiter Vorsitzender in den Gavourrat gewählt, und von 1884 bis 1887 leitete er als Gavourführer die Geschäfte des Berliner Gavourvereins. Als Ende August 1888 der Sitz des Verbandes nach Berlin verlegt wurde, erfolgte Eißlers Wahl als Beisitzer im Vorstandsvorstand durch die Berliner Mitgliedschaft, und am 1. Oktober 1891 wurde ihm der verantwortungsvolle Posten als Hauptkassierer des Verbandes übertragen. Was er als solcher geleistet in guten und bösen Zeiten, das ist gelegentlich seiner früheren Ehrenlage an dieser Stelle eingehend gewürdigt und von allen Verbandskollegen rückhaltlos anerkannt worden.

**Treu um Treue!** Dieser im Verbands stets hochgehaltene Grundsatz wird nie ins Wanken geraten; selbst in den künftigen Zeiten nicht, die wir jetzt durchleben und durchkämpfen müssen. Deshalb glauben wir im Sinne aller Mitglieder zu handeln, wenn wir dem Kollegen Eißler an seinem Ehrenstage des Dankes und der Anerkennung verlernen für die im Interesse des Verbandes bis ins Greisenalter hinein geleistete treue, ehrliche und gewissenhafte Arbeit. Möge es ihm vergönnt sein, noch lange an der ihm lieb gewordenen, überaus verantwortungsvollen Stelle in geistiger und körperlicher Frische zu wirken zum Segen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker!

Ein Buchdrucker im Landtagspräsidium. Kollege Wilhelm Faber in Jena wurde zum zweiten Vizepräsidenten im Weimarschen Landtag gewählt.

**Berlin!** Die Firma „Leipziger Tagblatt“ (Inhaber Dr. Reinhold & Co.) in Leipzig bewilligte ihrem geliebten Zeitung- und Buchdruckerpersonal einschließlich der Hilfsarbeiter bei ein- bis dreijähriger Beschäftigung eine Woche, bei einer Geschäftszugehörigkeit von über drei Jahren zwei Wochen Ferien. Den Beurlaubten wird bis zu zweijähriger Beschäftigung eine Woche gewährt, nach zwei Jahren bezw. erhalten sie zwei Wochen Ferien.

**Vom Verbands der Fachpresse Deutschlands.** Nach einem Vortrage des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Richard wurde in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung des Verbandes der Fachpresse Deutschlands über die Lage im Fachschrifttätigkeitsgewerbe diskutiert, die nach Ansicht der Versammlungsteilnehmer noch niemals so schwerlich war wie gerade gegenwärtig. Die Papierknappheit dauere an, und die Papierzeugung werde immer geringer, weil infolge der Kohlenknappheit bereits 230 Papierfabriken stillstehen! Ein einstimmige Zusammenkunft aller Fachzeitungsverleger sei daher sehr dringend geboten. Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes für die Papierverarbeitung, Dr. Feldgen (Berlin), behandelte die Angelegenheiten des Verlagsgewerbes. Die schwebenden Verhandlungen werden voraussichtlich zur Ablichtung eines Tarifvertrages führen. Aber das Umfassendste und seine Anwendung auf die Fachpresse referierte Justizrat Dr. Bleschowski. Der Verleger der „Sportzeitung“, Louis Stein (Orlnau), berichtete über die vom Ausschusse für Buchdruckerangelegenheiten eingeleiteten Maßnahmen. Man will u. a. mit einem Sachamt in Verbindung treten, um in kritischen Fällen Nachkalkulationen vorzunehmen. Hinsichtlich der Unregelmäßigkeiten im Postzeitungsverkehr ist der Verband mehrfach vorstellig geworden, worauf das Reichspostministerium angeordnet hat, den beklagten Mißständen nachzugehen und das gesamte Zeitungsgeschäft unter Heranziehung der Aufsichtsbeamten alsbald zu prüfen. Eine Verfügung des Reichsministeriums (Verteilung Südwestdeutschland) an die Zeitstrassen im Bezirk des VIII. Armeekorps über eine gewisse Inzertenzensur gab dem Verbands Veranlassung, bei der Zentrale für Heimatsdienst vorstellig zu werden, worauf von jeder weiteren Senkung Abstand genommen wurde. Mit weiteren wichtigen Angelegenheiten wird sich der Verband in seiner außerordentlichen Generalversammlung am 17. Mai d. J. in Leipzig beschäftigen.

**Vom Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.** In seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1918 weist das Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker zunächst auf die Schwierigkeiten hin, welche zu überwinden sind, um aus den Trümmern des vergangenen Jahres das erlebte Neue zu schaffen, und erlucht alle Mitglieder, durch gemeinsame Verknüpfung dem Aufbau ein Ziel zu geben. Ausdrücklich wird sodann über die Tätigkeit des Tarifamts während des Berichtsjahrs Aufschluß gegeben. Derselbe erstreckte sich in der Hauptsache auf die Regelung von Lohn- und Zeuerungszulagen sowie auf die Durchführung der festgesetzten Mindestpreise und Lieferungsbedingungen. Das Tarifamt stellt sich auf den Standpunkt, daß eine geregelte Lohnfrage ohne eine gesunde Preispolitik unmöglich ist, und betrachtet die Durchführung und Hochhaltung der letzteren als Erhaltungsaufgabe, die nur durch intensives Streik- und Aufklärungsarbeit zu lösen ist. Der öffentliche Waffenstillstand und der Ausbruch der Revolution habe die Tarifgemeinschaft vor schwere Aufgaben gestellt; durch eine bessere Zusammenlegung des Tarifamts ist jedoch erzielt worden, daß durch persönliche Fühlung und Gedankenaustausch die Aufgaben des Tarifamts leichter erledigt werden könnten. Rückblickend auf die gemeinsame Arbeit während anderthalb Jahrzehnten sagt der Bericht, daß dies nicht erfolgreich war, und daß die Tarifgemeinschaft das Gewerbe auch sicher durch die Schwierigkeiten des Krieges geführt habe. Nunmehr soll der Tarifgedanke bewiesen, daß er auch in den neuen Verhältnissen kein starres Dogma, sondern ein lebendes Gebilde sei, welches die Fähigkeit besitzt, sich weiter zu entwickeln. Mit einem Hinblick auf die Revolution und den neuen Abschluß des Tarifs erblickt das Tarifamt in den Tarifgemeinschaften die Träger neuer gewerblicher Entwicklung und erwartet, daß die Mitglieder der Tarifgemeinschaft in gemeinsamer Arbeit und in gemeinsamer Verstehen an dieses Werk herantreten. Aus dem beigegebenen Verzeichnis der tariffreien Firmen geht hervor, daß in den fünf Tarifkreisen 181 Firmen den Tarif schriftlich anerkannt haben.

**Mindestlöhne für leichte weibliche Arbeit.** Der Demobilisierungsausdruck von Groß-Berlin hat Mindestlöhne für Arbeiterinnen festgelegt. Nach diesen Festlegungen erhalten nunmehr unelernte gewerbliche jugendliche Arbeiterinnen im Alter von 14 und 15 Jahren einen Mindeststundenlohn von 50 P., einen Mindestwochenlohn von 22,50 Mk.; vom vollendeten 15. bis vollendeten

